Strauß beim SPIEGEL-Gespräch in der Münchner CSU-Zentrale*: „Ungereimtheiten, Unsinnigkeiten und Narreteien"

„Das ist doch wahrlich schwarzer Humor"

CSU-Chef Franz Josef Strauß über Bonns Afrika-Politik und die Zukunft des Schwarzen Kontinents

SPIEGEL: Herr Strauß, wir kennen Sie als einen Verteidigungspolitiker, Finanzpolitiker, Ostpolitiker, auch als einen Generalisten. Sie haben inzwischen ein neues Lieblingsthema, die Afrika-Politik. Was treibt Sie dazu?

STRAUSS: Ich glaube, die Zukunft Europas, die Sicherheit der im Atlantischen Pakt zusammenstehenden oder manchmal auch auseinanderfallenden Länder wird wesentlich von den Ereignissen im Mittelmeerraum, im Mittleren Osten, am Horn von Afrika und in Afrika südlich des Äquators entschieden.

SPIEGEL: Es fällt auf, daß Sie und viele Ihrer Kollegen, die sich einst sehr vehement gegen die Ostpolitik engagierten, nunmehr in Afrika einen neuen Schauplatz des Ost-West-Konflikts ausgemacht haben.

STRAUSS: Eine Motivforschung psychoanalytischer Art ist hier unangebracht. Der Streit um die Ostverträge war eine Politik der deutschen Selbstbehauptung nach der größten Niederlage in der deutschen Geschichte. Jetzt wird in Afrika ein Stück gemeinsamen Schicksals der in der EG und der Nato zusammengeschlossenen Länder entschieden. Beides läßt sich nicht über denselben Leisten schlagen. Natürlich hat die europäische Ost-West-Politik Berührungsflächen mit den Vorgängen in Afrika.

SPIEGEL: Ein Kampf ums Abendland in Afrika?

STRAUSS: Das Wort Abendland wird von manchen in einem Sinne gebraucht, der eigentlich der großen abendländischen Kultur und ihrer Bedeutung nicht gerecht wird. Aber die Vorgänge in Afrika und die sowjetische Strategie, die sich der unmittelbaren Hilfe der kubanischen Fremdenlegion bedient, sind sicher ein Stück großangelegter, in großen geographischen Räumen und langen Zeiträumen konzipierter Strategie. Das sage ich nicht, weil ich weiße Mäuse sehe oder weil ich unter einem Verfolgungswahn leide, sondern weil ich hoffentlich ein bißchen was von Geschichte und strategischen Zusammenhängen verstehe.

SPIEGEL: Hat die Bundesregierung diese Bedrohung nicht begriffen? Und haben Sie deshalb dem FDP-Vorsitzenden bescheinigt, er komme als Außenminister für eine CDU/CSU-Regierung nicht in Betracht?

STRAUSS: Um Mißverständnissen vorzubeugen: Persönlich ist mir Herr Genscher sympathisch. Was er aber an Binsenweisheiten und Halbwahrheiten von sich gibt, davon halte ich nichts.

SPIEGEL: Was meinen Sie?

STRAUSS: Ich meine Phrasen von der Art: Wir müssen das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterstützen; wir müssen deshalb rechtzeitig uns auf die richtige Seite stellen und müssen unseren Beitrag zur Befreiung der Schwarzen leisten, selbstverständlich abgestimmt mit den Amerikanern und Engländern. Ich meine es wirklich nicht beleidigend, aber so was erinnert mich an Sprüche aus meiner Kindheit. „Feuer breitet sich nicht aus, hast du Minimax im Haus", und wir haben dann hinzugedichtet: „Doch Minimax ist großer Mist, wenn du nicht zu Hause bist." Die Genschersche Außenpolitik hat so rührende Primitivformeln der oberflächlich einleuchtenden Selbstverständlichkeit, hinter der sich leider nichts verbirgt.

SPIEGEL: Genscher hat immerhin auch einiges von sich gegeben, was Ihrer Vorstellung entsprechen dürfte. Ebenso wie Kanzler Schmidt hat er das

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Hans Hielscher und Paul Lersch.

Eingreifen der Franzosen und Belgier in Shaba öffentlich gutgeheißen.

STRAUSS: Im vorigen Jahr hat die Bundesregierung, beim ersten Eingreifen der Franzosen in Shaba, nicht gegen Paris Stellung genommen, das mindeste, was Giscard von seinem Freunde Helmut erwartet hat. Beim zweiten Mal, im Mai dieses Jahres, hat die Bundesregierung die Aktion begrüßt, aber mit schmerzlichem Stottern, das nur widerwillig über ihre Lippen kam. Dabei ging es um eine Selbstverständlichkeit, nämlich wehrlose Menschen, besonders Frauen und Kinder, zu retten, die sonst in der grausamsten Weise abgeschlachtet oder irgendwo über die Grenze verschleppt werden und dann im Busch elend umkommen. Viele sind ja ohnehin bereits ums Leben gekommen, als die Mörder über Sambia in Shaba eindrangen.

SPIEGEL: Gerade aus humanitären Gründen haben Schmidt und Genscher das Eingreifen begrüßt.

STRAUSS: Wissen Sie eigentlich, was der wahre Grund ist? Das will ich Ihnen jetzt mal sagen: Weil es brennt. Wir glauben mit ziemlicher Sicherheit zu wissen, daß im Elysée-Palast Enttäuschung und Verstimmung über die Haltung Helmut Schmidts herrschen. Denn daß wir wohlwollend mit dem Kopf nicken, aber uns umschauen, ob ja Breschnew nicht zugeguckt hat und ob nicht die falschen afrikanischen Freunde das in die falsche Kehle kriegen können, das zählt nicht bei den nüchternen, harten, im afrikanischen Geschäft erfahrenen Franzosen.

SPIEGEL: Was hätte Bonn mehr machen sollen?

STRAUSS: Wir glauben zu wissen, daß Giscard dem Bundeskanzler mit aller Deutlichkeit klarzumachen versuchte, Afrika werde spätestens Ende des Jahrhunderts unter Moskaus Herrschaft geraten sein, wenn Westeuropa auf die sowjetisch-kubanische Offensive nicht energisch reagiere. Gerade wegen der wankelmütigen Haltung der USA müßten Frankreich und die Bundesrepublik ihre Politik koordinieren. Schmidts Antwort sei einem glatten Nein gleichgekommen, weil er vor Brandt und Bahr gekuscht habe. Die haben nämlich in Moskau erfahren, daß eine deutsche Einmischung in Afrika einen Rückfall in den Kalten Krieg bedeute.

SPIEGEL: So weit kann es mit der Kuscherei nicht her sein. Denn bei künftigen Krisen à la Shaba will die Bundesregierung sich stärker engagieren. Sie möchte, daß die USA mit Waffenlieferungen und gar mit eigenen Truppen eingreifen . . .

STRAUSS: Es ist doch läppisch, kindisch und lächerlich, wenn wir den Amerikanern, die immer noch mit ihren Passionsspielen als Folge des Vietnam-Alptraums und des Watergate-Komplexes beschäftigt sind, unser angeblich stärkeres Engagement durch unsere Forderung kundtun, die USA sollten mit Waffen und Soldaten Hilfe leisten. Ich hoffe nicht, daß die Bundesregierung so dumm ist, wie Sie wahrscheinlich bewußt in Ihrer Frage unterstellt haben.

„. . . und schon schimmert es Herrn Schmidt feucht in den Augen."

Verantwortung kann sich doch nicht darin erschöpfen, von den Amerikanern größere Leistungen zu erwarten, selbst beiseite zu stehen, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen, die Partner zu enttäuschen, die Gegner zu ermutigen und damit das Wort vom „politischen Zwerg Bundesrepublik" erneut zu bekräftigen.

SPIEGEL: Die Bonner sind wirklich so dumm nicht, sie wollen ja mehr tun, sie sind bereit, mit Transportflugzeugen der Bundeswehr auszuhelfen. Ist Ihnen auch das noch zuwenig? Müssen deutsche Soldaten oder GSG-9-Männer nach Afrika?

STRAUSS: Wir sind durch unsere Verfassung gehindert, die Bundeswehr, auch Freiwillige, dahin zu schicken. Für Bundesgrenzschutz-Soldaten gilt im Prinzip nichts anderes. Aber wahrscheinlich ist hier die Frage nicht so streng zu nehmen. Auch die GSG-9-Aktion in Mogadischu war eine Notwehr- oder Notstandsaktion, die als solche rechtlich zulässig ist. Sicherlich wäre es verfassungsrechtlich einwandfrei, Lufttransportraum für Hilfsaktionen zur Verfügung zu stellen.

SPIEGEL: Also die Verfassung ändern?

STRAUSS: Das würde nur endlose juristische Diskussionen heraufbeschwören, die geeignet wären, das eigentliche Thema zu vernebeln.

SPIEGEL: Sollte die Bundesrepublik, wenn sie schon keine Soldaten schicken kann, vielleicht Waffen liefern?

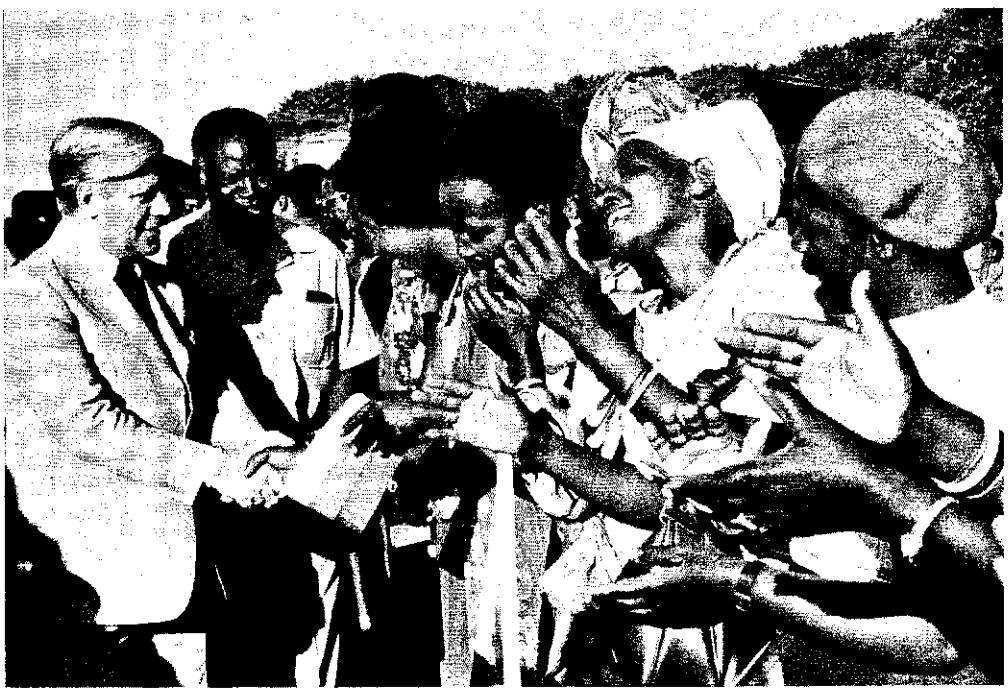
STRAUSS: Die Bundesrepublik sollte nicht — sei es aus kommerziellen, sei es aus strategischen Gründen — der große Waffenexporteur werden. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Regierung nicht schamhaft verstecken soll, was sie tut, unter dem Deckmantel bescheidener Ausrüstungshilfen . . .

SPIEGEL: . . . Sie meinen Lastwagen, Jeeps, Funkgeräte, Polizeiausrüstung?

STRAUSS: Phantasieren Sie nur ruhig. Warum sollen wir eigentlich unseren Freunden nicht helfen, für ihre Sicherheit zu sorgen?

SPIEGEL: Sie halten nichts von dem Prinzip der Bonner Regierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern?

STRAUSS: Dies ist auch so eine der oberflächlichen Kitschformeln, die nicht dadurch besser wird, daß sie schon von CDU/CSU-Regierungen



Afrika-Besucher Schmidt*: „Mit großer Naivität falsche Gesprächspartner ausgesucht"

* Vorigen Monat in Sambia.

vorfabriziert worden ist. Ich verstehe überhaupt nicht, was Waffen in Nicht-Spannungsgebieten verloren haben. Wenn Menschen verzweifelte Angst haben, Opfer einer Invasion zu werden, haben sie Anspruch darauf, nicht im Stich gelassen zu werden.

Bekannte Führer schwarzer Bewegungen und Präsidenten schwarzer Staaten haben mich schon gefragt: Muß man sich eigentlich mit der Sowjet-Union verbünden, um überleben zu können? Vom Westen hören die immer nur: Wir können euch leider nicht helfen, ihr müßt euch arrangieren, wir schicken dann vielleicht Bibeln oder Care-Pakete oder ein paar Modelle unserer Verfassung, wie man eine ideale Demokratie aufbaut. Das zählt doch im Busch alles nichts.

Polizei in Somalia*: „Lieber die Maschinenpistole als ein Laib Brot"

SPIEGEL: Sie meinen, Waffen seien wichtiger als Wirtschaftshilfe?

STRAUSS: Das ist doch nicht das Thema! Was haben Sie für eine Vorstellung von dem, was sich in Afrika vollzieht! Wenn Sie heute in einem Hungergebiet in der einen Hand einen großen Laib Brot halten und in der anderen die Maschinenpistole und sagen, nun könnt ihr frei wählen, dann greifen die zur Maschinenpistole. Selbst wenn einer das Brot nimmt, dann sucht er einen, der ihm das Brot abkauft, damit er von dem Erlös sich auch eine Maschinenpistole kaufen kann. Man kann insofern davon ausgehen, daß Wirtschaftshilfe zugleich militärische Hilfe ist.

SPIEGEL: Wenn Sie Außenminister wären, gäbe es eine klare Linie: Unterstützung nur für Staaten, die deutlich auf antisowjetischem Kurs liegen, nicht aber für Staaten mit neutralistischen oder linken Tendenzen wie Sambia, wo der Bundeskanzler gerade einen Besuch absolviert hat?

STRAUSS: Es ist schon eine große Naivität, mit der Herr Schmidt sich den falschen Gesprächspartner ausgesucht hat. Er hat sich leider — mangels eigener Kenntnisse der Dinge und wegen der fast ideologischen Voreingenommenheit, die heute in amtlichen Bonner Stellen auf diesem Gebiet herrscht — einen Türken vorsetzen lassen, eine große Kulisse: 50 000 schwarz-rotgoldene Fähnchen, Präsident Kaunda singt die Nationalhymne mit, und schon schimmert es Herrn Schmidt feucht in den Augenwinkeln.

Dann ist der Rolls-Royce kaputt, mit dem er hätte zum Flugplatz gebracht werden sollen, statt dessen wird ein anderer „Führerwagen" vorgeführt, in dem er mit dem Präsidenten Kaunda dann winkend durch die natürlich „spontan" zusammengekommene Menge von 50 000 Schwarzen fährt. Nur, der Kaunda singt jede Nationalhymne mit. Der hat „God Save the Queen" gelernt genauso wie „The Star-Spangeled Banner" und die „Marseillaise" oder die „Internationale". Er singt jede mit, wenn er nur anschließend das Geld kriegt dafür. Schmidt aber hat die wahre Natur seiner Gesprächspartner nicht erkannt.

SPIEGEL: Der Mann, den Sie so abqualifizieren, gilt nicht nur bei den Afrikanern, sondern auch bei den Westmächten als einer der bedeutendsten Staatsmänner des Schwarzen Kontinents.

STRAUSS: Präsident Kaunda ist sicherlich ein großer Psychologe, auch ein großer Organisator. Aber niemand kann an der Tatsache vorbeigehen, daß er Sambia in seiner Regierungszeit wirtschaftlich fast total ruiniert hat. Daß große Teile dieses Landes sich seiner Kontrolle entzogen haben. Durch Sambia sind die Invasoren nach Shaba gekommen, die Hunderte von Weißen brutal ermordet, Kinder in unglaublicher Weise gefoltert und dann zu Tode gebracht haben. Das ist doch das Land des Herrn Kaunda.

Ich nehme den Kampf um die Menschenrechte ja ernst, auch wenn es um Argentinien oder Chile geht. Das ist zwar nicht unser Thema, nur wenn da ein paar Leuten was passiert, dann hallt die ganze Welt wider. Aber der Mann, der schuld daran ist, daß Hunderte von Europäern grausam massakriert wurden, wird vom Bundeskanzler beehrt.

SPIEGEL: Sie wollen doch nicht im Ernst Kaunda für die Massaker verantwortlich machen, die unter Präsident Mobutu in Zaïre passiert sind? Mobutu hat sein Land nicht unter Kontrolle, sein Staat ist bankrott, sein Regime korrupt, und nur mit Brutalität hält er sich an der Macht.

STRAUSS: Ich möchte meine Gastgeber, bei denen ich häufig eingeladen war, aus der Ferne nicht etwa beleidigen, aber ich habe Präsident Mobutu schon bei meinem ersten Besuch gesagt, seine Politik der Zaïresation . . .

„Ich kenne die Fehler, die gemacht worden sind."

SPIEGEL: . . . Sie meinen die Ablösung weißer Führungskräfte durch Einheimische . . .

STRAUSS: . . . werde zum Ruin seiner Wirtschaft führen. Ohne Kapital, technisches Wissen und Management der Weißen ist der Aufbau in den schwarz regierten Ländern Afrikas unmöglich. Nur in den Ländern, wo man das erkannt hat, wie etwa Elfenbeinküste, Senegal, Togo und anderen, ist ein sichtbarer Fortschritt erkennbar. Ich bin mit diesem Urteil weder gehässig noch überheblich. Ich habe dazu genau dasselbe Urteil wie der Alt-Sozialdemokrat und bedeutende Kenner der weltwirtschaftlichen Probleme, besonders der afrikanischen, Professor Ortlieb, dessen Klarsicht sich wohltuend von dem Geschwafel Brandts, Bahrs einschließlich der Bonner Regierungsmitglieder abhebt.

SPIEGEL: Mobutus Brutalitäten sind nicht weniger offenkundig als seine Mißwirtschaft. Mit dem Versprechen einer Generalamnestie lockte er seine außer Landes geflüchteten Gegner zurück und ließ dann 2000 von ih-

* Von der Bundesrepublik ausgebildet und ausgerüstet.

Sambia-Präsident Kaunda
„Singt für Geld jede Nationalhymne"

nen schon beim Überschreiten der Grenze umbringen.

STRAUSS: Ich kenne die Fehler, die gemacht worden sind.

SPIEGEL: Wenn dem so ist, wird Ihr vernichtendes Urteil über Kaunda um so unverständlicher. Der Präsident eines der fünf Frontstaaten, die an Rhodesien, Südafrika und Namibia grenzen, wird nicht etwa nur von Schmidt, sondern auch von der amerikanischen und britischen Regierung als Vermittler und Advokat einer friedlichen Lösung anerkannt.

STRAUSS: Frontstaaten, was heißt das schon? Ein sehr anspruchsvoller, selbstverliehener Titel, in Wirklichkeit sind die doch wirtschaftlich alle mehr oder minder bankrott. Sie leben zum Teil sogar von Südafrika. Der Hafen der Mosambik-Hauptstadt Maputo würde zusammenbrechen, wenn nicht die South African Railways die Verwaltung dieses Hafens nach wie vor in Händen hätten; unzählige Gastarbeiter aus Mosambik haben einen Arbeitsplatz in den Goldminen Südafrikas.

Und es ist doch grotesk, daß Sambia für sein Kupfer einen wesentlich schlechteren Erlös erzielt, nur weil es den Transport durch Rhodesien aus Boykottgründen eingestellt hat und dafür unter irrsinnigen Kosten einen Riesenumweg macht. Aus dem gleichen Grund importiert Sambia keinen Mais vom Nachbarn Rhodesien und zahlt lieber einen vielfach höheren Preis, ebenfalls für rhodesischen Mais, der auf Umwegen ins Land kommt. Sollen wir als europäische Steuerzahler für diese Ungereimtheiten, Unsinnigkeiten und Narreteien mit unseren Steuergeldern einspringen?

SPIEGEL: Gerade solche Anomalitäten abzubauen hat sich Kaunda als Vermittler bemüht und sogar mit Südafrika-Premier Vorster und Rhodesiens Regierungschef Smith konferiert.

STRAUSS: Sambia nimmt längst keine vermittelnde Rolle mehr ein. Das ist eine falsche Behauptung. Alle Frontstaaten spielen eine schreckliche Rolle, das ist nicht nur mein Urteil, das hat mir eine Reihe schwarzer Gesprächspartner bestätigt. Man soll sich doch nicht täuschen, wenn der Wunsch der Frontstaaten gegenüber Namibia und gegenüber Rhodesien durchgeht, gibt es dort weder ein Mehrparteiensystem noch einen Verbleib der Weißen. Es gibt die Ermordung oder den Exodus der Weißen. Es gibt einen marxistischen Einheitsstaat.

SPIEGEL: Die Bundesregierung reklamiert auch für die Staaten in Afrika das Selbstbestimmungsrecht und findet, sie sollten ihren eigenen Weg gehen, auch wenn er uns nicht paßt. Außerdem hat sich gezeigt, daß viele Länder, die als kommunistisch abgeschrieben waren, sich von Moskau abwendeten. Beispiele: Ägypten, Sudan, Somalia.

STRAUSS: Ihre Beispiele erinnern mich an russisches Roulett. Es ist ein Zufall, ob eine Kugel im Lauf ist oder nicht. Im übrigen hat das, was in Afrika vorgeht, mit dem Selbstbestimmungsrecht überhaupt nichts zu tun. Die Sowjet-Union und ihre kubanischen Hilfslegionen wollen die Richtung bestimmen. Und ein Mann wie Carters Uno-Botschafter Andrew Young redet noch davon, die Kubaner seien ein stabilisierender Faktor in Afrika.

SPIEGEL: Young hat gesagt, die Kubaner verhinderten in Angola das Chaos und ermöglichten der Gulf Oil, weiter zu fördern. Stimmt das etwa nicht?

STRAUSS: Das ist genauso, als ob Sie der Politik des Dritten Reiches im europäischen Osten und der zu diesem Zwecke eingesetzten SS die Rolle einer Ordnungsstreitmacht beimäßen.

SPIEGEL: Das Beispiel trifft nicht, denn . . .

STRAUSS: . . . überlassen Sie es meinem etwas unterlegenen Verstande, es trotzdem für treffend zu halten.

SPIEGEL: Die Regierung in Angola hat doch wohl das Recht, Kubaner in ihr Land zu holen?

„Das hat mit Freiheitsbewegung so gut wie nichts mehr zu tun."

STRAUSS: Gerade Angola ist ein Musterbeispiel dafür, daß Sie unrecht haben; die Kubaner haben durch ihr militärisches Eingreifen einer Minderheitsbewegung gegen den Willen von 80 Prozent der Schwarzen zur Herrschaft verholfen. Da ist es doch wahrlich schwarzer Humor, zu sagen, daß die eine stabilisierende Rolle spielen.

SPIEGEL: Es gibt ganz andere Darstellungen, wie es zur heutigen Lage in Angola kam . . .

STRAUSS: . . . was heißt andere Darstellungen? Es gibt eine ziemlich eindeutige Klarheit über den Ablauf der Ereignisse. Wir kommen ganz vom Thema ab, der völlig verkorksten Afrika-Politik der Bundesregierung. Was Brandt, Bahr, Schmidt, Genscher und Frau Schlei betrieben haben, kommt mir vor wie der Versuch, aus fünf Einbeinigen einen Marathonläufer zu machen.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler hat bei seinem Besuch in Sambia auch den

Zaïre-Präsident Mobutu, Gast*: „Seine Politik führt zum Ruin der Wirtschaft"

* 1974 in Kinshasa.

Strauß, Südafrika-Premier Vorster: „Lebensfreude und Heiterkeit"

Führer einer der Befreiungsbewegungen getroffen, die in der Patriotischen Front zusammenarbeiten — in Ihren Augen ein Beispiel verfehlter Afrika-Politik?

STRAUSS: Nicht das Treffen, aber die verständnisvolle Haltung, die beinahe demütige Unterwürfigkeit, die er in seinen Gesprächen mit Nkomo gezeigt hat. Und was der Herr Nkomo dem Bundeskanzler erzählt hat, daß er und seine Bewegung mit der Ermordung der Missionare nichts zu tun haben, das ist Schwindel, wie er eben von solchen Leuten regelmäßig begangen wird.

Man sollte endlich wissen, daß die Anführer der sogenannten Patriotischen Front, Mugabe oder Nkomo, nicht darum kämpfen, bei einer freien Wahl in Rhodesien zugelassen zu werden. Sie wollen überhaupt keine freie Wahl, weil sie genau wissen, daß eine haushohe Mehrheit der Schwarzen hinter Bischof Muzorewa, Reverend Sithole und Chief Chirau steht, die die gemeinsame interne Lösung mit Ian Smith ausgehandelt haben und praktizieren. Nkomo hat aber bereits angekündigt, in zehn Monaten sei alles vorbei mit Hilfe kubanischer Legionäre und russischer Waffen. Und dann werden Muzorewa, Sithole und Chirau, wie schon angekündigt, hingerichtet. Sie müssen nur nicht glauben, daß dann Mugabe und Nkomo in Zimbabwe regieren.

SPIEGEL: Was müssen wir denn glauben?

STRAUSS: Einer wird den anderen umbringen. Oder beide werden umgebracht und durch einen dritten ersetzt. Denn die Terrororganisationen kämpfen nicht nur gegen die interne Lösung, sondern bereits gegeneinander. Innerhalb der Patriotischen Front gibt es schwerste Auseinandersetzungen.

Unsere Aufgabe ist es, die drei schwarzen gemäßigten Führer zu unterstützen. Die Patriotische Front kann unter gleichen Bedingungen an der Wahl teilnehmen, aber nicht verlangen, daß sie vor den Wahlen die Macht bekommt. Sowohl Mugabe wie Nkomo schwebt ein marxistischer Einparteienstaat vor, das heißt ein kommunistisches Zwangssystem wie in Mosambik oder Angola. Das ist doch die Wirklichkeit. Die Welt sieht das bloß nicht.

SPIEGEL: Wie aber sieht die Wirklichkeit aus, wenn Nkomo und Mugabe nicht an einer Regierung beteiligt werden? Die Folge wird Mord und Totschlag sein.

STRAUSS: Man soll denen also die Macht überlassen, weil sie sonst mit dem Blutvergießen fortfahren? Nehmen Sie doch zur Kenntnis, daß die sich an freien Wahlen nicht beteiligen wollen . . .

SPIEGEL: . . . darüber gibt es noch Verhandlungen mit Amerikanern und Engländern . . .

STRAUSS: Wenn die Guerillaführer sagen, entweder wir an die Macht, oder es ist kein Ende des Mordens, dann können sie genausogut sagen: Till Meyer und wie die alle heißen an die Macht, sonst morden sie weiter. Das hat mit Freiheitsbewegung so gut wie nichts mehr zu tun. Aber jetzt hören wir auf mit diesen Kreuz- und Quervernehmungen.

SPIEGEL: Aber wir haben noch ein paar Fragen, Herr Strauß. Sie pflegen Terroristen und Befreiungskämpfer gleichzusetzen und werfen der Bundesregierung Beihilfe zum Mord vor. Gibt es nicht einen großen Unterschied zwischen einer Handvoll Außenseitern, die mit Terror und Gewalt gegen einen demokratischen Rechtsstaat kämpfen, und einer Bewegung, die in Südafrika oder Rhodesien demokratische Verhältnisse herbeiführen will?

„Sie kämpfen für den kommunistischen Zwangsstaat."

STRAUSS: Sie haben in Ihrer Frage schon wieder glatt eine falsche Information eingebaut, daß die Swapo in Namibia und die Patriotische Front in Rhodesien für demokratische Freiheit kämpfen. Sie kämpfen für den kommunistischen Zwangsstaat.

SPIEGEL: Sie kämpfen gegen eine undemokratische Minderheitsherrschaft der Weißen.

STRAUSS: In Rhodesien haben wir keine Minderheitsherrschaft . . .

SPIEGEL: . . . aber eine Übergangsregierung, die nicht demokratisch gewählt ist . . .

STRAUSS: Tatsache ist, daß Mugabe und Nkomo eine Fülle von Morden auf dem Gewissen haben, die zwei deutschen Jesuiten-Missionare zum Beispiel, das weiß ich mit absoluter Sicherheit, sind von Nkomo-Leuten, 13 Engländer auf der Missionsstation von den Mugabe-Leuten ermordet worden. Mein alter Freund, der Herero-Chief Kapuno, ist von der sogenannten demokratischen Freiheitsbewegung der Swapo ermordet worden. Er war ein

Rhodesien-Rebell Nkomo
„Fülle von Morden auf dem Gewissen"

schwarzer Demokrat und Patriot, der mit den Weißen zusammenarbeiten wollte. Das ist die Wahrheit.

SPIEGEL: Sie kennen auch die andere Seite. Rhodesische und südafrikanische Truppen haben in Flüchtlingslagern Frauen und Kinder umgebracht, Vorster-Soldaten haben, wie die unverdächtige „FAZ" beschrieb, junge Mädchen gefoltert. Auf beiden Seiten sind viele Brutalitäten passiert. Sie aber sehen nur auf einer Seite Terroristen.

STRAUSS: Ich wünsche Ihnen nur eines, daß Sie einmal in der Lage von Herrn Muzorewa und Herrn Sithole wären. Dann würden Sie anders daherreden. Nur mal die Angst acht Tage lang, die sollten Sie mal persönlich „genießen". Dann würden Sie nicht mehr von demokratischer Prozedur reden, von Freiheitskämpfern und ähnlichem.

SPIEGEL: Sie selber haben im Bundestag die Sorge geäußert, es könne zu einem „Bürgerkrieg von so ungeheurem Ausmaß" kommen, „daß der Vietnamkrieg mit seinen Schrecken verblaßt". Wird die Ungeduld der Schwarzen und damit die von Ihnen beschriebene Gefahr nicht um so größer, je länger der Übergang zu demokratischen Zuständen auf sich warten läßt?

STRAUSS: Das stimmt doch alles nicht! Das ist ein Informationsstand, der bei einer Vorzimmerdame der Uno eingeholt werden kann.

SPIEGEL: Was stimmt nicht?

STRAUSS: Daß es in Südafrika eine allgemeine angestaute Empörung gibt, die morgen in offenen Bürgerkrieg umschlagen kann.

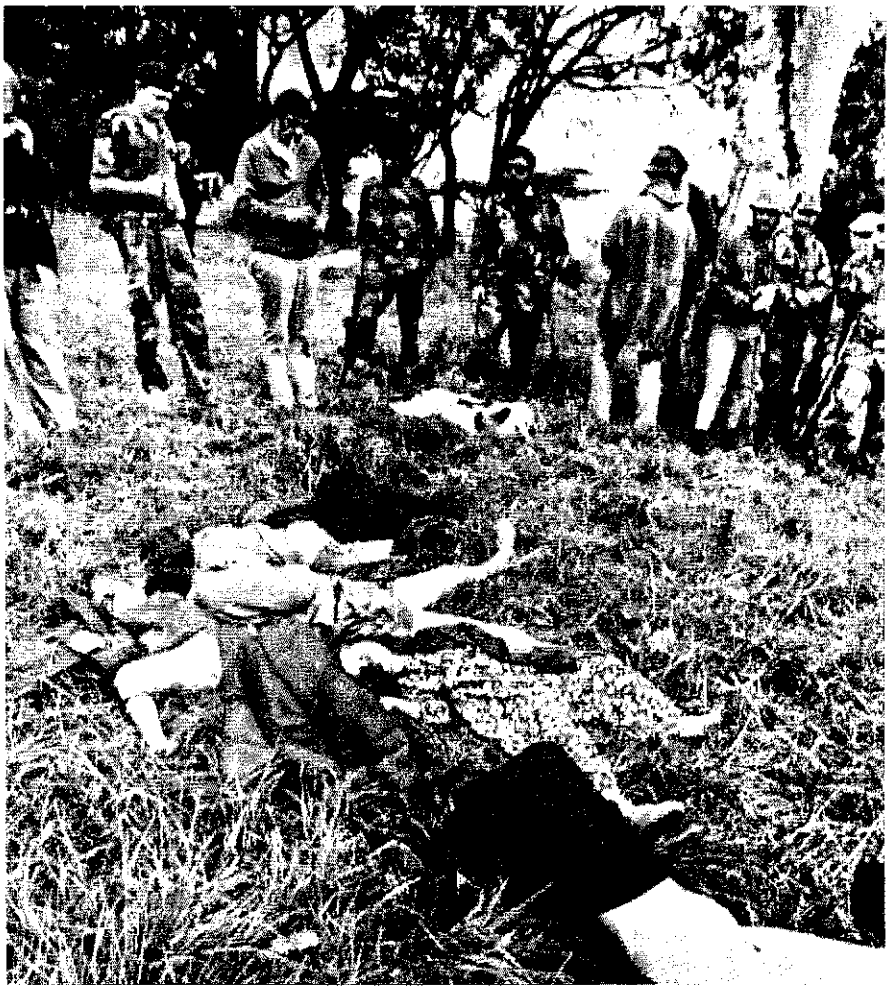
SPIEGEL: Auch der Kanzler findet die Lage „explosiv".

„Ohne südafrikanische Truppen gibt es keine Ruhe."

STRAUSS: Das hat er für Rhodesien gesagt. Seine Gesprächspartner zählen zu den Hauptschuldigen für den Zustand. Die Schwarzen in Südafrika haben mit Abstand den höchsten Lebensstandard. Dasselbe gilt für Südwestafrika und für Rhodesien. Ich habe in Salisbury bei der schwarzen Bevölkerung Lebensfreude und Heiterkeit festgestellt, kein Klima der Bedrückung und Angst, wie man es in vielen kommunistischen Hauptstädten Europas und Asiens antrifft.

SPIEGEL: Aber Sie werden uns sicher zustimmen, daß die Schwarzen nicht nur nach Wohlstand drängen ...

STRAUSS: Selbstverständlich nicht nur; viele wollen unter anderem auch das Recht, sich gegenseitig umbringen zu dürfen. Wenn man das auch zur Lebensverwirklichung zählt, ist es natürlich ein schreckliches Verbrechen der Weißen, bisher diesem Trieb nicht freien Lauf ermöglicht zu haben. Ich bin ja für fortschrittliche Entwicklungen, bloß nicht für Ihre naiven, und zwar schwarzenfeindlichen Vorstellungen, die Sie hier vertreten.



Massaker an Weißen in Rhodesien: „Kein Ende des Mordens"

SPIEGEL: Was ist daran schwarzenfeindlich?

STRAUSS: Schwarzenfeindlich ist die Vorstellung, daß die Machtübernahme durch terroristische Bewegungen in Namibia oder Rhodesien ein Glück für die Schwarzen sei. Schwarzenfeindlich ist die Vorstellung, daß die von den Kubanern und Herrn Neto betriebene Ausrottung der Unita unter Savimbi und der FNLA* unter Holden Roberto ein Schritt zu einer freiheitlichen Demokratie sei. Schwarzenfeindlich ist die Vorstellung, daß die Vertreibung der Weißen den Aufstieg der Schwarzen bedeutet, während genau das Gegenteil richtig ist.

SPIEGEL: Und was ist Ihrer Meinung nach eine schwarzenfreundliche Politik für Südafrika?

STRAUSS: Für Südafrika liegen die Dinge anders als für Rhodesien und Namibia. Denn hier handelt es sich nicht um eine Schwarz-Weiß-Problematik, sondern um die unendlich komplizierte Problematik einer vielrassigen Gesellschaft. Die Asiaten und die Mischlinge wollen Gleichberechtigung mit den Weißen, aber keine schwarze Mehrheitsregierung. Außerdem darf man nicht die drohende Gefahr des Ausbruchs von Stammeskriegen übersehen, wenn nicht eine vernünftige Ordnung erhalten bleibt.

Menschenfeindlich ist die Vorstellung, als ob es in Südafrika sozusagen über Nacht eine „black majority rule" geben könnte. Ich habe meinen südafrikanischen Gesprächspartnern manchen kritischen Rat gegeben und manchen Vorschlag gemacht. Ich bin kein Advokat des Systems der Apartheid, schon gar nicht der kleinen Apartheid, aber bisher konnte niemand ein brauchbares Modell für die Problematik dieses Landes vorweisen. Auch hier hilft nur eine Evolution, wie sie bereits eingetreten ist, aber nicht die Revolution. Aber jetzt machen wir Schluß.

SPIEGEL: Dann zum Schluß: Was sollte die Bundesregierung unternehmen, wenn es in Namibia zu einem ähnlichen Massaker kommt wie in Shaba, nur diesmal an den dort lebenden Deutschen?

STRAUSS: Ach, die berühmte Fangfrage. Darf ich ironisch sagen:

* Die Unita und die FNLA (Frente Nacional de Libertaçao de Angola) sind prowestliche Befreiungsbewegungen.

Natürlich soll die „Leibstandarte Helmut Schmidt" dann auf dem Lufttransportweg nach Windhuk geflogen werden und diesem Treiben ein Ende bereiten. Die entscheidende Frage ist doch: Was können und müssen wir tun, damit es nicht dazu kommt?

SPIEGEL: Und die Antwort?

STRAUSS: Die Anwesenheit der südafrikanischen Truppen in gewisser Dislozierung ist auf jeden Fall erforderlich, sonst gibt es keine freien Wahlen, sonst gibt es keine Ruhe. Wie würden Sie sich denn verhalten, wenn Sie auf einer Straße eine Patrouille zu Fuß machen, Ihnen kommt eine Frau entgegen, im Arm ein Baby. Und in dem Moment, wo sie an Ihnen vorbeigeht, schmeißt Sie Ihnen das Baby vor die Füße, in Wirklichkeit ein Sprengstoffpaket der Swapo, und drei Ihrer Kameraden liegen tot da und die anderen zehn mit schweren Verletzungen. Da würden Sie hingehen, dieser Frau Schokolade anbieten, ihr im Namen der Uno für die große demokratische Leistung ein besonderes Wort der Anerkennung sagen? Oder würden Sie nicht auch handgreiflich werden?

Die großen Moralisten in Bonn aber glauben, sie seien bei der Swapo auf der richtigen Seite, so wie Herr Schmidt jetzt meint, bei seinem Treffen mit Nkomo sei er auf der richtigen Seite gewesen. Wir müssen dem sich bildenden Parteiensystem in Namibia organisatorische, technische und finanzielle Hilfe geben, die kommenden Wahlen so vorzubereiten, daß ihr Ergebnis ein wirkliches Spiegelbild der herrschenden Strömungen ist und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit aller demokratischen politischen Kräfte führt.

SPIEGEL: In der Uno und in der Organisation für Afrikanische Einheit ist die Swapo ebenso wie die Patriotische Front anerkannt.

STRAUSS: Statt langatmiger theoretischer Erklärungen, die Sie mir doch nicht glauben, erst einmal eine Feststellung: Sie haben keine Ahnung von der dort nicht als anstößig empfundenen doppelbödigen Moral und der damit verbundenen Schizophrenie. Anders ausgedrückt — als ich einem afrikanischen Politiker sagte: Sie halten morgens eine Rede gegen die Reste des Kolonialismus im Fernsehen, daß es donnert und blitzt. Und am Nachmittag fragen Sie, ob Sie Fleisch und Mais auf Kredit aus Südafrika oder Rhodesien von denen kriegen, die Sie vorher im Fernsehen so vernichtend kritisiert haben. Da sagt er zu mir: Weißer Mann, werden Sie nie verstehen, das in der Früh ist Propaganda und Nachmittag Politik.

SPIEGEL: Herr Strauß, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

KRIMINALITÄT

Ganze Masse

Wegen elffachen Sexualmordes wird in Duisburg Joachim Kroll angeklagt. Die Gutachter halten ihn zwar für vermindert schuldfähig, aber nicht für zurechnungsunfähig.

Öffentlich verurteilt ist er eigentlich schon, der Duisburger Waschraumwärter Joachim Kroll, 45. Elf auflagensteigernde Folgen widmete ihm Axel Springers „Bild" unter der Schlagzeile „Der Menschenfresser von Duisburg".

Das Köln/Düsseldorfer Boulevardblatt „Express" berichtete immerhin in fünf Fortsetzungen über „Die Bestie vom Rhein": „Der ‚Schlächter von Duisburg' war grausamer als Bartsch", und er „zeigte lachend, wie er mordete" — angeblich mehr als ein Dutzend Menschen.

Angeklagter Kroll
In 20 Jahren elf Morde?

Wochenlang wurde, im Sommer 1976, der damals medizinisch nicht erforschte und juristisch bis heute nicht überführte Kroll publizistisch seziert und der Öffentlichkeit häppchenweise als „Monster von Duisburg" (Lokalpresse) serviert.

Immer dann, wenn Kroll wieder einen Mord zugegeben und Kripobeamte zum angeblichen Tatort gelotst hatte, wurden wenig später Details der Verhöre in der örtlichen und der Boulevardpresse ausgebreitet. Mal gaben Polizei und Staatsanwaltschaft gezielte Informationen, mal plauderte das Wachpersonal. Bei jeder Tatortbesichtigung konnte Kroll, ungewöhnlich genug, fleißig photographiert, nach jeder Vernehmung konnte fabuliert werden: „Tanzstunde beim Massenmörder Kroll", belustigte sich „Bild", weil Kroll mal mit einer aufblasbaren Sexpuppe durch ein Männerwohnheim gehüpft sein soll.

Weitab davon, die Rechte eines Untersuchungsgefangenen ernsthaft zu schützen, sah sich die Duisburger Mordkommission unter ihrem Hauptkommissar Manfred Kalitschke beflügelt, für möglichst viele seit Jahrzehnten ungeklärte Mordfälle in Nordrhein-Westfalen vielleicht Kroll als Serientäter zu entlarven.

Staatsanwalt Bernd Sehmisch versicherte freilich, man habe Kroll „freien Lauf" gelassen, in den geständnisfreudigen Mann sei „nicht hineingefragt worden", die Vernehmungsbeamten hätten ihm keineswegs Aktenkenntnisse untergejubelt oder Bekenntnisse durch jovialen Umgang, Zusicherungen und Vergünstigungen entlockt.

Schließlich stoppten Polizei und Anklagebehörde aber doch den Nachrichtenfluß, „um nicht mit halben Informationen in den Verdacht zu kommen, scharf auf Publicity zu sein" — so Sehmisch, der später immerhin zufrieden bilanzierte: „Sich konkret zu elf Fällen zu äußern, ist schon 'ne ganze Masse."

Dann endlich, nachdem auch Krolls Vorleben und Vorlieben ausgeleuchtet waren, erwirkte sein Anwalt Dietrich Lazarz beim Amtsgericht einen Beschluß, der wenigstens das Photographieren seines Mandanten ohne dessen Zustimmung untersagte.

Die Duisburger Richterin Elke Jantke erkannte: „Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit ist gestillt, nunmehr hat das Verfassungsrecht zum Schutze der Persönlichkeit Krolls Vorrang."

Nun aber wird der Fall Kroll, um den es ganz still geworden war, wieder aktuell: In dieser Woche legt Staatsanwalt Sehmisch der 9. Strafkammer des Landgerichts Duisburg eine 280 Seiten starke Anklageschrift gegen Joachim Kroll vor: wegen elffachen Mordes und eines Mordversuches.

Seit zwei Jahren war spekuliert worden, ob Kroll angeklagt oder ob nicht vielmehr der Strafgesetzbuch-Paragraph 20 — „Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen", früher der „Jagdschein" genannte StGB-Paragraph 51,1 — greifen würde. Die Folge wäre ein Sicherungsverfahren gewesen.

Drei Gutachter beschäftigten sich monatelang mit Kroll, zuerst der Düsseldorfer Landesmedizinaldirektor Erich Roth, dann Professor Hermann Witter aus Homburg/Saar, als Koryphäe der deutschen Gerichtspsychiatrie gerühmt, schließlich der Hamburger Sexualforscher Professor Eberhard Schorsch. Einhelliger Befund für Kroll: lediglich „verminderte Schuldfähigkeit" nach StGB-Paragraph 21. Danach kann, weil eine krankhafte seelische Störung, Schwachsinn oder eine schwere seelische Abartigkeit vorlie-